

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Nachstellen-Anzeigen bis 3 gepaltene Kolonial-Beile 60 S. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Wänsstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Das Verbandsjahr 1909.

Die Aufwärtsbewegung im Wirtschaftsleben, die um die Mitte des Jahres 1909 einsetzte, hat erfreulicherweise sofort ihre Widerspiegelung in der Entwicklung der Gewerkschaften erfahren. Fast alle Verbände, die bis jetzt ihre Jahresberichte veröffentlicht haben, konstataren einen erfreulichen Aufschwung, eine (teilweise bedeutende) Zunahme des Mitgliederstandes. Daß auch der Fabrikarbeiterverband von einem ganz erheblichen Fortschritt berichten kann, haben unsere Mitglieder aus gelegentlichen Veröffentlichungen der letzten Zeit gesehen; die genauen Zahlen darüber bringen wir nachstehend.

Das erste Vierteljahr des Vorjahres, das noch voll im Zeichen der Wirtschaftskrise stand, brachte uns noch einen erheblichen Mitgliederverlust; mit dem zweiten Vierteljahr setzte aber schon die Steigerung der Mitgliederzahl ein, die bis zum Jahreschlusse fortbauerte. Die genauen Zahlen sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Der Verband hatte Mitglieder:

Am Schlusse des	Männliche	Weibliche	zusammen
1. Quartals 1908	118 646	14 987	133 633
1. " 1909	116 888	14 030	130 918
2. " 1909	119 869	14 227	134 096
3. " 1909	122 679	15 067	137 746
4. " 1909	125 275	15 749	141 024

Der Zuwachs innerhalb des Jahres betrug mithin insgesamt 7391 = 5,5 Prozent. Das ist gewiß kein Fortschritt, von dem viel Aufhebens zu machen ist, aber unter Berücksichtigung der Tatsache, daß uns das Jahr 1909 durchaus noch keine Hochkonjunktur, sondern erst die beginnende Besserung des Wirtschaftslebens brachte, ist er erfreulich. Doppelt erfreulich aber, wenn wir ihn in Vergleich stellen mit dem Ergebnis des Jahres 1908, das in einem Mitgliederverlust von 3250 = 2,5 Prozent bestand.

Wie im Vorjahre, können wir auch dieses Mal wieder von einer wachsenden Stabilität des Mitgliederstandes berichten. Der Zuwachs an Mitgliedern ist wiederum zum großen Teil auf verminderten Abgang von Mitgliedern und nicht auf vermehrten Zugang zurückzuführen. Wir geben nachstehend die Ziffern über den Zu- und Abgang für die letzten drei Jahre:

	Zugang	Abgang
1907	70 782	59 864
1908	47 208	50 458
1909 *)	51 298	43 907

\*) Einschließlich der Uebertritte aus andern Verbänden.

Die Zahlen zeigen für das Jahr 1909 eine Verminderung der Austritte um 6551 gleich 13 Prozent; das ist ein Beweis für die wachsende Einsicht der Verbandsmitglieder, ein Zeichen, daß die Mitgliedschaft nicht mehr ganz so leichtfertig hingeworfen wird wie früher. Bei einer Wertung der Austrittsziffern ist ferner zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Prozentsatz zu andern Verbänden übertritt, also der Gewerkschaftsbewegung nicht verloren geht. Trotz alledem ist die Zahl der Durchläufer noch so hoch, daß auf eine weitere Herabminderung mit aller Energie hingewirkt werden muß.

Nachstehende Tabelle orientiert über die Veränderung des Mitgliederstandes in den einzelnen Gauen:

Gau	Mitgliederzahl	
	Ende 1908	Ende 1909
1.	26 689	28 696
2.	20 284	22 636
3.	3 565	4 687
4.	11 117	11 098
5.	797	1 601
6.	7 511	7 844
7.	9 772	8 729
8.	5 050	6 345
9.	4 713	4 938
10.	7 693	6 326
11.	7 394	6 721
12.	2 545	2 823
13.	26 487	28 385
Eingelmitglieder	72	120

Die Finanzgebarung des Verbandes war im verfloßenen Jahre ungünstiger als 1908; die Ausgaben stiegen stärker als die Einnahmen.

Die Einnahme der Hauptkasse betrug

	1907	1908	1909
für Eintrittsgelder	35 391	23 604	24 649
Beiträge und Sonstiges	2 216 692	2 310 591	2 457 949
zusammen	2 252 083	2 334 195	2 482 598

Diesem Einnahmezunahme von circa 148 000 Mk. gegen 1908 und 230 000 Mk. gegen 1907 steht folgende Steigerung der Ausgaben für Unterstützungen gegenüber:

Art der Unterstützung	1907	1908	1909
Streikunterstützung	388 271	313 126	348 131
Gemäßigtemunterstützung	34 068	51 090	23 696
Erwerbslosenunterstützung	558 073	843 546	1 090 393
Umzugsunterstützung	15 718	23 889	26 548
Sterbegeld	16 529	27 456	42 871
Rechtschutz	9 022	10 645	7 522
Kostlageunterstützung	1 200	2 075	2 678
Summa	1 022 881	1 271 727	1 566 837

Die Ausgabe für Unterstützungen ist demnach gegenüber dem Vorjahre um 295 110 Mark gestiegen; davon sind allein 246 847 Mark Mehrausgabe für Erwerbslosenunterstützung. Die Gesamtausgabe der Hauptkasse (ausschließlich der den Zahlstellen verbleibenden Einnahme-Prozente) betrug im Jahre

1907	1 264 810 Mk.
1908	1 605 420 "
1909	1 908 291 "

Die Gesamtausgabe stieg mithin gegen 1908 um 302 871 Mk.; hiervon entfallen, wie oben schon angeführt, 295 110 Mk. auf erhöhte Unterstützungsausgaben und nur 7760 Mk. auf sonstige Ausgabesteigerungen.

Das Vermögen des Verbandes stellt sich wie folgt:

	Hauptkasse	Lotalkassen	zusammen
Ende 1908	1 377 037	257 257	1 634 294
" 1909	1 472 776	368 658	1 841 434
Zunahme	95 739	106 401	202 140

Der Kassenbestand der Hauptkasse hat mithin nur um ca. 95 000 Mk. zugenommen; das ist ein in keinem Betracht befriedigendes Ergebnis. Da im laufenden Jahre die Verbandskasse durch Streiks in weit größerem Umfang in Anspruch genommen wird als im Vorjahre, erscheint eine „Finanzreform“, die ja schon von mehreren Kollegen im „Proletarier“ angeregt ist, durchaus nötig.

### Wirtschaftliche Umschau.

Erneuter Rückschlag — Börse und Arbeitsmarkt — Preispolitik der Rohstoffverbände — Wirkungen der Bauarbeiteraussperrung — Banken und Großindustrie — Notwendigkeit der Arbeiterorganisation.

Das Wirtschaftsgetriebe, das allmählich in flotteren Gang zu kommen schien, hat wieder einen seine Entwicklung hemmenden Stoß erlitten. Der Aufstiege, an dem die verschiedenen Gewerbe mehr oder minder stark beteiligt waren, ist, soweit die Eisen- und Kohlenindustrie in Frage kommen, erneut ins Stocken geraten. Der äußere Anlaß dazu kam von Amerika. Bis vor kurzem lauteten die Berichte von dort auf, vornehmlich optimistisch. Angeblich wurden die Werke mit Aufträgen überflutet; schon sah man im Geiste des Zaubersbild einer noch nie erlebten Hochkonjunktur. Plötzlich war die Szene verwandelt. Nachrichten von drüben besagten, daß es den Fabriken an Arbeit mangelte, trotz Produktions-einschränkungen auf Lager gearbeitet werden müsse. Dann wieder hörte man von Arbeiterentlassungen und Lohnabzügen. Das Hinausspringen der Preise wurde abgelöst durch eine entgegengesetzte Bewegung.

Die Wirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt konnten nicht ausbleiben. Die Hausbewegung in den Vereinigten Staaten fand an unsern Börsen willige Mitläufererschaft. Während in der Produktion von einer Besserung noch nichts zu verspüren war, hatte die Börse die Kurse der Industriepapiere schon scharf hinausschnellen lassen. Die Spekulanten heimten im voraus die Früchte gesteigerter Arbeit ein, aber die Käufer der verteuerten Papiere dürften noch manche Enttäuschung erleben. Zwar schien es auch hier, als ob eine neue Blauphase angebrochen sei; aber es war zum Teil nur Spekulation, was als tatsächlicher Begehrt an Warenmarkt angesprochen wurde. Die Spekulation fand ihre beste Stütze in der Preispolitik der Produzentenorganisationen in der Rohmaterialienindustrie. Erst trieb Stimmungsmache, die von Amerika ausging, die Kurse der Industriepapiere in die Höhe; die Spekulanten fiedten schon wieder Konjunktur-gewinne ein, während die Arbeiter unter den Folgen der Krise — Arbeitslosigkeit und Lohnabzüge — bitter zu leiden hatten.

Die Hausstimmung an der Börse war für die Rohmaterialproduzenten und -Lieferanten der willkommenen Anlaß, die Preise hinaufzusetzen. Verführt von der Stimmungsmache, nahmen dann auch Händler und Fabrikanten in der Weiterverarbeitung Eindeckungen vor. Man befürchtete, für die Rohstoffpreise würde die steigende Tendenz noch weiter anhalten, so daß schnelles Zugreifen und umfangreiche Käufe nur von Vorteil sein könnten. Bald jedoch stellte sich heraus, daß der Bedarf mit dem Angebot nicht gleichen Schritt hielt. Die Weiterverarbeiter konnten die Verkaufspreise der Fertigerzeugnisse den erhöhten Rohstoffpreisen nicht anpassen. Das Mißverhältnis zwischen Börsenstimmung und Arbeitsmarkt ließ sich speziell in der Großindustrie nicht vertuschen. Obwohl die Kohlenruben Feierschichten einlegten, die Förderung einschränkten, Koksöfen außer Betrieb setzten und dazu Brennmaterialien massenhaft auf Lager genommen wurden, mußte man doch noch die Ausfuhr forcieren, um die Betriebe nicht allzusehr stören zu lassen. Ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse in der Eisenindustrie. Wohl arbeiteten die Hochoföfen wieder etwas flotter, aber nicht für die inländische Weiterverarbeitung. Bezeichnend für den Inlandsmarkt ist die Tatsache, daß das Aufstiehmehr an Roheisen, das im

1. Quartal 1909 etwas über eine halbe Million Tonnen ausmachte, im laufenden Jahre auf 1 1/2 Millionen Tonnen angewachsen ist.

Auch in der Textilindustrie hat sich nach kurzem Aufleben die Situation wieder verschlechtert. Hier bildete das störende Element die Haufe am Wollmarkt. Unter allerschwindelhaftesten Nachrichten und künstlicher Verminderung der Angebote wurden die Preise der Rohwolle an der New Yorker Börse in kurzer Zeit um über 50 Prozent hinaufgetrieben. Um dem Wandere der Preistreiber zu entgegen, beschloßen die Spinner vielfach, durch Produktionseinschränkungen das Angebot heranzulockern. So mußten die Arbeiter mit hüßen für die Plünderer der Börsenmacher. Nicht verschwiegen werden soll, daß auch die Baumwollpflanzer die Preistreiber unterstützt haben. Obwohl der Baumwollkonsum in den letzten Jahren rapid gewachsen ist, haben die Pflanzer, anstatt die Kultur zu erweitern, den Anbau eingeschränkt. Kürzlich hatte es nun den Anschein, als sollte es gelingen, die Preistreiber zum Stillstand zu bringen; da kam ein Unwetter, das die nächste Ernte teilweise zerstörte, den Hausfiere zu Hilfe. Die Wirkungen des Unwetters wurden stark übertrieben. Das gleiche ist von andern Rohprodukten zu berichten. So ist der Preis für Rohgummi ebenfalls enorm gesteigert worden. Die weitere Folge waren wiederholte Preissteigerungen für Gummiwaren, die im letzten halben Jahre teilweise mehr als 50 Prozent ausmachten. Konsumeinschränkung und Verminderung der Arbeitsgelegenheit sind die sich auch hier ergebenden Folgen. Immer müssen letzten Endes die Arbeiter die bösen Suppen auflösen.

Noch nie vordem hat sich die Preispolitik der Rohstoffverbände als so schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen, wie diesmal. Ohne die verhängnisvollen Preistreiber der Rohmaterialienlieferanten würde die wirtschaftliche Erholung, die im vergangenen Jahre einsetzte, wenn auch keine stürmische, so doch wohl eine langsame stetige Entwicklung genommen haben. Da die Produzentenorganisationen krasse Profitinteressen verfolgen, darf man nicht hoffen, daß die jetzigen Vorgänge sie veranlassen werden, ihre Politik mehr den Interessen der Gesamtheit anzupassen. Die vorwiegend durch die gewinnstüchtigen Maßnahmen der Rohstoffproduzenten hervorgerufene Situation gewann akute Verschärfung infolge des scharfmacherischen Vorstoßes im Baugewerbe. Wenn es nach dem Willen der Hezer im Lager der Bauunternehmer ginge, würden mindestens 300 000 Bauarbeiter auf die Straße geworfen sein. Ende der zweiten Woche der Aussperrung waren vielleicht die Hälfte oder noch weniger ausgesperrt. Die Freisetzung einer solchen Schar Bauarbeiter bleibt naturgemäß nicht ohne Wirkung auf andre Gewerbe: der Absatz von Baumaterialien ist ins Stocken geraten; Ziegeleien, Zement- und Mörtelwerke usw. müssen aussetzen oder die Betriebe ganz schließen; die Holzwerke haben weniger Träger zu liefern und der Kleinisenindustrie ist auf Wochen ein wichtiges Absatzgebiet verschlossen. So kommt eine große Reihe von Gewerben in Betracht, für welche der Kampf im Baugewerbe zurzeit die Arbeitsgelegenheit vermindert und damit den wirtschaftlichen Rückschlag verschärft. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist der Rückschlag ernsterer Natur, als es bisher scheinen wollte.

Es ist kein übertriebener Pessimismus, wenn man der Ansicht sich hingibt, vor dem nächsten Herbst sei an eine ernsthafte Erholung im Wirtschaftsleben nicht zu denken. Bis vor kurzem hat man es ja verstanden, durch Stimmungsmache in der Presse und durch Börsenmanöver den Glauben an einen bereits eingetretenen Aufschwung, der mit Riesenschritten einer neuen Hochkonjunktur zuführe, aufrecht zu erhalten und zu stärken. Das Hauptargument dabei war immer der Hinweis auf die glänzende Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Unstimmigkeiten, die sich am heimischen Wirtschaftskörper zeigten, wurden abgetan mit dem Bemerkten, daß die sieghafte Kraft, die vom amerikanischen Wirtschaftsmarkt ausgehe, Hemmungen bei uns bald überwinden werde. Gerade so wie Amerika den Anstoß, das Signal zu der letzten Krise gegeben habe, werde hier auch die Sonne der neuen Hochkonjunktur aufgehen, deren Strahlen dann den Kontinent ebenfalls erwärmen würden. Und man hörte von großen Bestellungen, von fortgesetzten Preissteigerungen drüben. Warnende Stimmen wurden überhört oder gar verächtlich! Nun ist die Stimmung umgeschlagen. Die großen Bestellungen hängen in der Luft oder bestenfalls als faule Sache in den Büchern. Einige Zeit half man sich durch das Anfüllen der Lager, dann wurde versucht, durch Preisreduktionen die Käufer heranzulockern, Unternehmungskraft auszulösen. Die Bemühungen hatten nicht den genügenden Erfolg; der amerikanische Markt bleibt lustlos, wie der sachmännische Ausdruck lautet.



der Beiträge und ein weiterer Ausbau unserer Erwerbslosenunterstützung kann uns nichts, rein gar nichts helfen. Nur als Kampfmittel für die Besserstellung unserer Kollegen kann nach meiner Ansicht eine Beitragserhöhung in Frage kommen. Und ein taktischer Fehler wäre es, wenn der diesjährige Verbandstag in die Fußstapfen seines Vorgängers treten würde. Unsere Parole auf dem diesjährigen Verbandstage muß die sein: Stärkung unseres Kampfbonds durch Erhöhung der Gesamtbeiträge ohne jeden weiteren Ausbau der Unterstützungseinrichtungen.

Paul Hertwig, Ludwigshafen.

Den Ausführungen des Kollegen Köhler-Altenburg könnte man allenfalls zustimmen, wenn er sich nicht so kräftig für die Beitragserhöhung ins Zeug legte. Ich für meine Person bin kein Gegner derselben, halte aber doch eine Erhöhung des jetzigen 40-Pf.-Beitrags, wenigstens augenblicklich, wo wir kaum die wirtschaftliche Krise hinter uns haben, mindestens für verfehlt, wenn nicht gar für verheerlich. Mancher Kollege, der für die Beitragserhöhung eintritt, hat keine Ahnung von den Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in vielen Gegenden unseres lieben Vaterlandes heute noch herrschen. Wenn Kollege Köhler das Erzgebirge bis in seine verstecktesten Winkel kennen würde — ich bezweifle, daß er sich so für die Beitragserhöhung ins Mittel legen würde. Hier gibt es noch eine ganze Menge von Papier- und Holzstofffabriken und sonstigen Betrieben, die für uns zuständig sind, wo Arbeiter noch für Hungerlöhne in vollem Sinne des Wortes fronden müssen; von den übrigen Verhältnissen, wie Arbeitszeit und dergleichen, gar nicht zu reden. Diese Tausende von Sklaven des Kapitals der Organisation und damit einem menschenwürdigen Dasein zuzuführen, ist eine schwierige, aber lohnende Aufgabe, die aber durch das Hinausschieben der Beiträge nicht erleichtert wird.

Zur Interesse unserer Organisation, der allein aus dem Erzgebirge noch Tausende von Mitkämpfern zugeführt werden können, warne ich dringend vor einer allgemeinen Beitragserhöhung. Will man aber durchaus in dieser Richtung etwas tun, so führe man das Staffelsystem ein, dann ist jedem Genüge getan. Vielleicht wäre auch eine Verklärung der Kranken- zugunsten der Arbeitslosenunterstützung möglich. Abge der Verbandstag eine glückliche Lösung dieser vielumstrittenen Frage bringen.

Willi Auerswald, Oberthlema.

### Die Erziehungsanstalt als Gifthöhle.

In Nr. 14 des „Proletariats“ beschäftigten wir uns in einem Artikel mit obiger Ueberschrift mit der Knaben-Erziehungsanstalt St. Zimmern bei Darmstadt. Unser Artikel richtete sich gegen die Beschäftigung der Anstaltskinder mit dem Verpacken von Fuchsin — einer giftigen Amisulforsäure — für das Chemiefabrikwerk Griessheim. Die „Mittelschleife“ die den Artikel unter Quellenangabe übernommen hatte, erhielt aus St. Zimmern von einem „Kenner der Anstalt“ eine Verichtigung. Die „Mittelschleife“ lehnte die Aufnahme derselben ab, weil sie weder der Form, noch dem Inhalt, noch dem Umfang nach eine Verichtigung darstellte, und bemerzte gleichzeitig, daß es doch eigenartig sei, daß dem „Proletariat“, als der Quelle des Artikels, eine Verichtigung nicht zugegangen sei. Mit Berufung auf diesen Hinweis erhielten wir einige Tage später eine Abschrift der Verichtigung mit der Angabe, daß schon eine an uns abgeschickte, wahrscheinlich aber verlorene gegangen sei. Unterzeichnet war dieselbe von einem Herrn E. H. W. Auf Anfrage erklärte Herr E., daß er Du ch a l l e r der Anstalt sei; gleichzeitig verweigerte er sich dagegen, daß seiner Verichtigung etwa das Motiv untergeschoben würde: „Was Brot ich es, das Lied ich sing.“

Wir tragen dieser Verwahrung gern Rechnung, zumal wir wissen, daß Herr E. H. W. der Leitung der Anstalt, namentlich Herrn Rektor Schlegel, aus Gründen, die in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden sollen, zu großem Dank verpflichtet ist. Wenn Herr E. durch sein Eintreten für die Verwahrung einen Teil seines Dankes abtragen will, so ist das ein Motiv, das wir zu würdigen wissen.

Zur Sache selbst sagt Herr E. H. W. in seiner überaus langen Verichtigung wenig. Er verwahrt die Anstalt energisch gegen Vorwürfe, die niemand erheben, und berichtigt ebenso energisch Behauptungen, die niemand aufgestellt hat, wird aber durchaus unbestimmt, sobald er auf den Kardinalpunkt unseres Artikels, die Verpackung von Fuchsin, kommt. Bestritten wird die — ironisch gemeinte — Bemerkung unseres Artikels, daß die Erziehungsanstalt zur „Firma einer chemischen Fabrik“ würde, mit der Versicherung, es würde „noch für 7 andre Firmen“ gearbeitet. Bestritten wird ferner, daß der Kleinverpacker seine Stelle aufgegeben habe, weil er dem Verpacken der Farbe Widerstand entgegengesetzt habe. Bestritten wird auch unsere Angabe über die Menge der verpackten Farbe. Bestritten wird endlich auch die Angabe, daß einem Bögling die Beschäftigung bei der Farbe vom Arzt verboten sei. „Es ist lediglich nur konstatiert, daß eben Jungen, wenn sie das eine oder andre Handwerk nicht lernen wollen, klagen, sich zum Arzt melden; die Untersuchung wird ihnen anstandslos gestattet, und stellt sich dabei heraus, daß sich Jungen zum betreffenden Handwerk nicht eignen, so wird den Anordnungen des Arztes jedesmal entsprochen“, sagt die Verichtigung des Herrn E. H. W. Man wird zugeben müssen, daß diese Richtigstellung an Klarheit alles zu wünschen übrig läßt.

Nun zum Hauptpunkt der ganzen Sache. Ueber das Farbefüllen schreibt Herr E. H. W.:

„Was nun speziell die Fällung und Packung der in dem berühmten Artikel angeführten Farbe anlangt, so hat die Anstalt dieses Geschäft nur probeweise übernommen, weil sie eben die betreffenden Dosen hierzu liefert. Vor Übernahme dieser Arbeit hat sich die Anstaltsleitung übrigens bei der Firma genau erkundigt, ob und eventuell welche Giftstoffe die Farbe enthält, worauf ihr versichert wurde, daß es sich um eine giftfreie Amisulforsäure handelt. Auch werden durchschnittlich nur einmal in jedem Monat zirka 40 Zentner Farbe verpackt, wozu nur jene Böglinge benützt werden, die keine Lust am Handwerk haben und nach Entlassung die Fabrik aufsuchen.“

Wir konstatieren, daß der Hauptvorwurf, der in dem Artikel erhoben wurde, auch nach dieser Verichtigung als berechtigt bezeichnet werden muß. Es ist und bleibt ungehörig, Böglinge einer Erziehungsanstalt mit einer Arbeit zu beschäftigen, zu der das Chemiefabrikwerk Griessheim nur schwer erwachsene Arbeiterinnen erhalten kann. Daß die Anstalt sich ihre Auskunft über die eventuelle Giftigkeit des Fuchsin bei der liefernden Firma und nicht bei einem unparteiischen Gutachter holte, kann als ein besonders hoher Grad von Gewissenlosigkeit nicht bezeichnet werden. Schon ohne Gutachten, allein aus der betr. Literatur hätte die Anstaltsleitung erfahren können, daß die Frage, ob Fuchsin giftig oder auch nur gesundheitsschädlich ist, von namhaften Vertretern der ärztlichen Wissenschaft wiederholt bejaht wurde. Auch nach den Veröffentlichungen des deutschen Gesundheitsamts (36. Jahrgang 1877) ist Fuchsin der Gesundheit schädlich; es ruft Koliken, Diarrhöen und eiweißhaltigen Urin hervor. Tierversuche der Ärzte Ritter und Fels haben schädliche Wirkungen des Fuchsin auf die Nieren und das Nervensystem ergeben. Dr. Rehn, Frankfurt a. M., erklärte 1895 auf dem 24. Kongress der Gesellschaft für Chirurgie, daß die Beschäftigung bei der Herstellung von Fuchsin Blasen- geschwülste mit sich bringe.

Die Tatsache, daß auch entgegengesetzte Urteile vorliegen, entschuldigt die Anstalt nicht; solange die Ungiftigkeit des Stoffes nicht erwiesen ist, dürfte die Anstaltsleitung auf keinen Fall die Verpackung übernehmen. Die Angabe, das Verpacken sei nur probeweise übernommen, berührt angesichts der Tatsache, daß die Probe schon über ein Jahr dauert, recht eigenartig.

In einer späteren Zuschrift des Herrn E. H. W. an uns wird mitgeteilt, daß je 2 Füllten der Dosen durch 4 bezahlte Arbeiter, das Verpacken jedoch von Anstaltskinderlingen besorgt würde. Auch würde jetzt nicht Fuchsin, sondern eine Antifuchsin-Farbe, die keine Giftstoffe enthält — welche? — v. v. v. v. v. Dieses Verpacken sei eine reinliche Arbeit, die in einem geschützten und luftigen Raum vorgenommen würde. Dann heißt es weiter: „Die Verpackung ist eine Beschäftigung, die sich nur eignet, um Kinder,

die für eine Berufstätigkeit noch nicht kräftig genug sind, an Arbeit und Ordnungsliebe zu gewöhnen und sie allmählich zu tüchtigen Arbeitern heranzubilden.“ — Demnach werden also nunmehr Schulkinder mit dem Verpacken der Dosen beschäftigt. Das geht auch noch aus einer Aufzählung der Verteilung der Böglinge auf die einzelnen Berufsarten, nach der nur noch die Schulfinder zum Verpacken übrig bleiben, hervor. Wir halten die Beschäftigung von Schulkindern mit derartigen Arbeiten für durchaus unangemessen und in keiner Hinsicht geeignet, schwächliche Kinder zu tüchtigen Arbeitern heranzubilden. Bevor wir jedoch näher auf die Sache eingehen, gestatten wir uns, an die Verwaltung der Erziehungsanstalt folgende Fragen zu richten: Welche Amisulforsäuren werden verpackt? Wieviel Tage im Monat und wieviel Stunden am Tage werden die Kinder damit beschäftigt?

Die übrigen Angaben der Verichtigung stehen mit unserm Artikel in keinem oder doch sehr losem Zusammenhang, so daß wir von einem Abdruck sowohl als auch von einer Ausführung absehen müssen. Als ersten Erfolg konstatieren wir, daß die Böglinge beim Füllen durch erwachsene Arbeiter ersetzt sind; vielleicht gelingt es uns noch, die Verwaltung davon zu überzeugen, daß auch das Verpacken der Farbe eine für Böglinge, ganz besonders für Kinder, ungeeignete Arbeit ist.

### Streits und Lohnbewegungen.

— **Streits und Differenzen** bestehen in: **Meißen** (Tonwarenfabrik), **Flensburg** (Dachpappenfabrik), **Leipzig-Rudolfsdorf** (Zigarettenfabrik), **Oberhausen** (Porzellanfabrik), **Nienburg (S.)** (Gedertfabrik), **Hamburg** (Mischereiarbeiter), **Frankfurt a. M.** (Kleinfabrik), **Salle** (Stärkefabrik), **Mügelu** (Papierfabrik), **München** (Gemische Fabrik), **Büsch** (Papierfabrik), **Glückstadt** (Gerbstoffwerke).

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Bergedorf.** Die Lohnbewegung in der Faserstoffzucht, G. m. b. H., ist auf dem Wege der Verhandlung beendet worden. Erreicht wurde eine wesentliche Aufbesserung der Arbeitslöhne, die den Arbeitern einen Mehrverdienst von 1,50 Mark pro Woche im Durchschnitt bringt. Die an den Maschinen beschäftigten geübten Mäher, soweit sie mindestens ein Jahr an der Maschine gearbeitet haben, erhalten pro Jahr einen Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde bis zum Abschluß von 50 Pf. Die frühere Beschäftigungszeit an den Maschinen kommt bei Bemessung der Zuschläge mit in Anrechnung. Für die übrigen Arbeiter werden 40 Pf. pro Stunde bezahlt. Die jugendlichen Arbeiter erhalten bis zu 18 Jahren 20 bis 30 Pf., von 18 bis 20 Jahren 35 Pf., über 20 Jahre 40 Pf. An den Sonntagen endet die Arbeitszeit um 5 1/2 Uhr. Für die Tage, an welchen laut Arbeitsordnung eine längere Arbeitszeit eintritt, ist der volle Tagelohn an die in Tagelohn beschäftigten Arbeiter zu bezahlen.

Auch in der chemischen Fabrik von Stobwasser kam es zu einer Einigung bezüglich der Lohnforderung. Die Arbeiter forderten dort bereits im Winter Besserzahlung der Ueberstunden, die in diesem Betriebe recht häufig verrichtet werden müssen. In Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Lage am Orte und im allgemeinen nahmen die Arbeiter jedoch davon Abstand, das letzte Mittel zur Erreichung ihrer Forderung anzuwenden. Im April reichten sie neben der Forderung auf Bezahlung eines Zuschlages für Ueberstunden und Sonntagsarbeit eine solche auf Erhöhung der Stundenlöhne von 42 1/2 Pf. auf 47 1/2 Pf. nach vierwöchentlicher Beschäftigungszeit im Betriebe ein. In einem an die Ortsverwaltung gerichteten Schreiben erklärte sich Herr Stobwasser bereit, nach sechsmonatlicher Beschäftigungszeit einen Stundenlohn an solche Arbeiter zu zahlen, die von seinem Betriebsleiter als tüchtige, nützliche, brauchbare Arbeiter bezeichnet würden. Dieses Angebot wurde von den Arbeitern erklärterweise zurückgewiesen. Um aber dem Arbeitgeber entgegenzukommen zu zeigen, erklärten sie sich mit einer Lohnverhöhung von 42 1/2 Pf. auf 44 Pf. unter Anrechnung einer viertelwöchentlichen Weisepause als Arbeitszeit einverstanden. Wie erant. es Herrn Stobwasser mit der Durchführung seines Vorschlags war, beweist, daß er, noch ehe die Arbeiter zu seinem Vorschlagsstellung nehmen konnten, Arbeiter für seine Fabrik in der „Bergedorfer Zeitung“ suchte und genau zu vielen Arbeitern, wie im Betriebe beschäftigt sind, die Einstellung für Montag morgen bzw. Dienstag versprach. Angesichts einer solch unfairen Kampfesweise mußte die Ortsverwaltung des Verbandes ebenfalls ihre Maßnahmen treffen, die darin bestanden, daß die Arbeiter der Bergedorfer über die sonderbare Taktik des Herrn Stobwasser unterrichtet und ein regelrechter Streikpostendienst eingerichtet wurde. Da Herr Stobwasser unter diesen Umständen auf die von ihm angenommenen Nebenrechnungen nicht rechnen konnte, unterhandelte er im Laufe des Vormittags mit den Arbeitern selbst, wobei es zu einer Einigung auf folgender Grundlage kam: Herr Stobwasser bewilligte ab 25. April 1910 einen Zuschlag von 10 Pf. für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, ferner einen Tagelohn von 3,35 Mk. unter Anrechnung der Weisepause. Ist auch der Erfolg bezüglich Erhöhung des Tagelohns nicht groß, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß es den Arbeitern in erster Linie darauf ankam, einen Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit zu erreichen, als beste Gewähr dafür, daß unnütze Ueberstunden hierdurch vermieden werden. Der Lohnkampf der Arbeiter der chemischen Fabrik hat gezeigt, mit welcher Hartnäckigkeit die Unternehmer sich den beschwerlichsten Forderungen der Arbeiter widersetzen, selbst dann, wenn in der Begründung der Lohnforderungen auf klarste Beweise wird, daß infolge der Verteuerung der Lebensmittelpreise und sonstiger Unterhaltungskosten durch die Inflation und Finanzreform der Geldbedarf enorm gestiegen und die alten Löhne zur Bekleidung des Lebensunterhalts in keiner Weise ausreichen. Ein Beweis, wie notwendig gut fundierte Gewerkschaftsorganisationen gerade zu Zeiten der Inflation durch die Zoll- und Steuerpolitik der Schnaps-, Kraut- und Schlotjunker ist.

— **Delmenhorst.** Der Linoleumfabrik „Gansa“ wurden am 14. April durch eine Lohnkommission einige Forderungen unterbreitet. In den letzten Jahren waren verschiedentlich Versuche unternommen auf Erhöhung der Stundenlöhne und tarifliche Festsetzung der Arbeitsbedingungen, ohne daß es zu bestem gekommen wäre. Der Direktor war es immer gegliedert, durch einen Teil alter Arbeiter, sog. Rentenempfänger, denen höhere Löhne gezahlt und nach zehnjähriger Tätigkeit eine Prämie von 100 Mk. gewährt wurde, die notwendige Einigkeit unter den Arbeitern zu verhindern. Allerdings wurden in den verflochtenen Jahren, infolge des Dringens der Organisation und deren Erfolge in anderen Betrieben, auch die Lohnsätze erhöht, standen aber dem gegenüber anderen Betrieben teilweise erheblich zurück. Zwei Tage vor der Einreichung entdeckte man plötzlich Arbeitsmangel und emf. 3 deshalb 24 Arbeiter, welche zum Teil lange Jahre dort beschäftigt waren. Es ist überflüssig, hervorzuheben, daß es Organisationsleiter und vor allen Dingen Vertrauensleute waren, die aus Fächer geworfen wurden. Nachdem die Forderungen unterbreitet, schien sich eine sonderbare Nervosität der Fabrikleitung zu bemächtigen. Ein dienstbarer Geist durchlöchernte alle Ecken und Winkel und suchte die Arbeiter zu bewegen, durch Unterschrift zu erklären, im Falle eines Streiks zu arbeiten, ohne daß von einem Streik überhaupt die Rede gewesen wäre. Viel Erfolg hatte diese Viebesmäh nicht. — Am 20. April erfolgte als Antwort auf die Forderungen ein Schreiben an die Lohnkommission, in welchem es hieß, daß die Fabrikleitung seit Bestehen des Werkes darauf bedacht gewesen sei, ihren Arbeitern gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, daß sie hinter den Arbeitern anderer Betriebe nicht zurückbleiben sollten, daß dies bisher auch noch nicht der Fall gewesen sei und daß auch immer „freiwillige“ Zulagen gegeben seien. Dieser ihrer Fäulnis sei es zu danken, daß vor den 27 Jahren des Bestehens des Werkes der Frieden mit den Arbeitern nicht gekört worden wäre. Sie vertraue dem gesunden Sinne der Arbeiter, daß dies auch in Zukunft so sein würde. Da sie bereit, von einem von der Mehrheit der Arbeiter gewählten Ausschuss die Forderungen, Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen und mit ihm zu verhandeln. Eine Erhöhung des Lohns für den nächsten Monat sei in den Verhandlungen mit dem Ausschuss zu besprechen. In den Verhandlungen mußte sich die Direktion zu gewissen Zugeständnissen, wie sonst üblich, bequemen. Die Stundenlöhne wurden

um 1, 2, 3, 4 und in einzelnen Fällen auch um 5 Pf. erhöht. Im Durchschnitt dürfte das Erreichte 3 Pf. pro Stunde betragen, so daß das Beforderte fast voll erreicht ist. Ein Arbeiterausschuß wurde gewählt. Zu einem Tarifabschluß ist es nicht gekommen, weil die Organisationsverhältnisse ein weiteres Verfolgen nicht zulassen erscheinen ließen; doch dürfte dies nur eine Frage der Zeit sein. Bezüglich der Entlassungen ist das bestimmte Versprechen abgegeben, nicht eher Neueinstellungen vorzunehmen, ehe nicht die Entlassenen wieder eingestellt sind.

So ist auch hier wieder einmal der Beweis erbracht, daß wenn sich die Arbeiter nur auf das „Wohltun“ der Unternehmer verlassen würden, sie mit der Erfüllung ihrer Ansprüche bis zum Ganzen Nimmerleinstag warten könnten. Nur eine festgesetzte Organisation vermag dem Aufstieg der Arbeiterklasse die Wege zu ebnen. Aus sträklchem Eigenmut, aus kleinlicher Furcht steht auch ein kleiner Teil älterer Arbeiter der Linoleumfabrik „Gansa“ noch abseits. Wenn diese ihren rückständigen Standpunkt aufgeben und sich der Organisation anschließen, wird auch einer noch besseren Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts mehr im Wege stehen.

— **Glückstadt.** Die Norddeutschen Quebracho- und Gerbstoffwerke (G. m. b. H.) und die bei der Firma beschäftigten Arbeiter standen seit dem 1. Oktober 1907 in einem Vertragsverhältnis, das am 1. Oktober 1910 erlosch, wenn der Tarif spätestens am 1. August d. J. von einem der Kontrahenten gekündigt würde. Die Fabrik ging inzwischen durch Verkauf in andre Hände über, und der jetzige Betriebsleiter, Dr. Zeit, glaubte sich aus dem Grunde nicht mehr an den Tarif gebunden. Entgegen den Bestimmungen des Tarifs und dem Protest der Arbeiter führte der Betriebsleiter im November vorigen Jahres statt Stunden- Wochenlöhne ein, wodurch die in Frage kommenden Arbeiter einen nicht unerheblichen Lohnausfall zu verzeichnen hatten. Eine Beschwerde durch die Arbeitervertreter an die Generaldirektion in Hamburg blieb ohne Antwort. In einer mündlichen Verhandlung erklärte der Stellvertreter des Herrn Doktors einem Verbandsvertreter gegenüber, daß die Firma sich „eigentlich“ nicht mehr an den Tarif gebunden erachtete. Auf Grund dessen beauftragte die Arbeiterklasse eine Kommission mit der Ausarbeitung geeigneter Vorschläge zwecks Regelung der Lohnverhältnisse. Dieser Beschluß wurde natürlich dem Herrn Doktor von einem Zwischenstrich brüchig übergeben; aber anstatt nimmere mit den Vertretern der Arbeiter die Differenzpunkte zu beseitigen, verfiel der Direktor auf die Idee, die sonst nur den bezahlten Vertretern der sogenannten Arbeitgeberverbände eigen ist, von dem Internationalen Stellenvermittlungsbureau Auguste Müller-Bandschel „gefällige“ Elemente truppweise heranzuziehen, darunter Individuen, die überall als notorische Streikbrecher mit einem gelben Abzeichen im Knopfloch verleben auftreten, nicht aber, um zu arbeiten, sondern hauptsächlich nur, um Streitigkeiten aller Art mit den freionorganisierten Arbeitern vom Baun zu brechen. Unter dieser Sorte Menschen befand sich auch einer der Revolverhelden, die im Vorjahre bereits ihr Unwesen in Kiel trieben, mit dem der Arbeiterklasse ein weiteres Zusammenarbeiten unmöglich erschien. Die Arbeiter wurden sich schifflich, die Entlassung der „Müller“ zu verlangen, dem sich natürlich die Betriebsleitung widersetzte. Die Arbeiter entbanden dann nochmals eine Kommission zu dem Betriebsleiter, der den Arbeitern, statt sie anzuhören, durch seinen Stellvertreter sagen ließ: „Wenn es nicht paßt, unter den gegebenen Verhältnissen zu arbeiten, der könne den Betrieb verlassen!“ Die Arbeiter befolgten natürlich den Rat des Meisters und stellten die Arbeit ein. Nimmere zeigte sich der Betriebsleiter erbötig, den Streikfried mit einigen seiner Anhänger zu entlassen. Darauf erfolgte noch am selbigen Tage die Ausnahme der Arbeit. Wer aber glaubte, daß der Betriebsleiter nun mit den Arbeitern Frieden schließen würde, der sollte arg enttäuscht werden. Schon am anderen Morgen traf abermals ein Trupp der Müllerischen Garde ein. Eine Anzahl älterer Arbeiter wurden von dem Meister H. aufgefordert, aus dem Verband auszutreten und sich einer 14tägigen Fälligungsfrist zu unterwerfen. Derselbe Meister isolierte weiter das Gerücht, daß in den nächsten Tagen 50 fremde Arbeiter einreisen und alle Verbandsmitglieder entlassen würden usw. Durch diese verheerenden Drohungen eingeschüchert, ließ sich eine Anzahl Arbeiter von dem Meister aus dem Streik führen. Nach diesen verwerflichen Manövern schien nunmehr für den „Strategen“ Herrn Dr. Zeit der günstige Zeitpunkt gekommen zu sein, um die Arbeiterklasse zu Paaren zu treiben. Er bestellte neben zwei organisierten vier unorganisierte Arbeiter auf sein Bureau und erklärte diesen, daß er bereit sei, den Arbeitern eine Lohnaufbesserung zu gewähren. Durch Aufschlag, nämlich auf einen mit Weißblech beschriebenen Lappen Papier, wurde den Arbeitern bekanntgegeben, daß die Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich verlängert und der Lohn vom 1. Mai 1911 um 1 Pf. und vom 1. Mai 1912 ab um einen weiteren Pfennig erhöht werde. Mit Recht verlangen die Arbeiter eine Abschrift des Angebots, um es der gesamten Arbeiterklasse unterbreiten zu können. Darauf ließ sich der Betriebsleiter aus nachliegenden Gründen nicht ein, sondern erklärte den Arbeitern, daß jeder den Tarif einzeln unterschreiben müsse, und diejenigen, die sich dagegen auflehnten, hätten ihre Entlassung zu gewärtigen. Ein Teil der Arbeiter ließ sich durch die „noblen“ Handlungsweise des Herrn Doktors verbläffen und leistete die Unterschrift, darunter viele, die heute noch nicht wissen, ob sie ihr Todesurteil oder den aufgezogenen Vertrag unterschrieben haben. Der leistungsfähige Teil der Arbeiterklasse lehnte die Unterschrift entschieden ab. Infolgedessen verlag sein Tag, an dem nicht ein Teil der besten Arbeitskräfte entlassen wurde. Am endlich Wandlung zu schaffen, wurde die Lohnkommission bei der Betriebsleitung vorstellig. Der Direktor erklärte, daß die Entlassenen alle eingestellt werden sollten, ohne gezwungen zu werden, den Tarif zu unterschreiben. Als sich aber am 2. d. Mts. einige der Entlassenen zum Antritt meldeten, verlangte der wandlungsfähige Herr nicht nur von diesen, sondern auch von den in Arbeit stehenden die Unterschrift des Vertrags. Dieser neue Gewaltakt ging selbst den besonnensten Arbeitern über die Haufschur; sie griffen, der ewigen Nadelstiche müde, zum letzten Mittel, zur Arbeitseinstellung. Der Zugang nach Glückstadt ist unbedingt fernzuhalten.

— **Gröba bei Niesä.** Zwischen der Großeinlaufgesellschaft deutscher Konsumvereine, Abteilung Seifenfabrik in Gröba, und dem Vorstande unseres Verbandes ist ein Tarifvertrag für die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen, der die Zustimmung der bereits beschäftigten Arbeiter gefunden hat.

Die Arbeitszeit ist auf 9 Stunden festgesetzt. Die Anfangslöhne sind für Vorarbeiter auf 24 Mark, für Betriebsarbeiter auf 22, für Hofarbeiter auf 20 und für Arbeiterinnen auf 10 Mark festgesetzt. Sämtliche Beschäftigten erhalten eine jährliche Zulage von 1 Mark, nach einer zweijährigen Beschäftigungsdauer wird ein Urlaub von 3 Tagen gewährt. Bei der Neueinstellung von Arbeitskräften wird der Arbeitsnachweis des Fabrikarbeiterverbandes, Gau Dresden, benützt. Der Vertrag ist auf drei Jahre abgeschlossen.

— **Hannover.** Für die Arbeiterklasse der Benfedeinabrid von Tomaszil & Bengler war vom Verband Forderung auf Lohn- erhöhung gestellt. Die Firma bewilligte den Arbeiterinnen 10 Pf. pro Tag. In dem Betriebe sind sehr viele ältere Frauen beschäftigt, welche dem Verbands nicht angehören.

Der Firma Metter, Wolf & Jacobi, Bergzinker, war durch den Verband Forderung auf Lohnverhöhung eingereicht. Nach mehrfachen Verhandlungen wurde den Arbeitern in der Bergzinker und Beize 20 Pf. pro Tag, den Lagerarbeitern 10 Pf. pro Tag, dem Kupfer freie Wohnung, sowie den Arbeiterinnen in der Beize 1,20 Mk. pro Woche Waidergeld bewilligt. Die Lagerarbeiter hätten etwas mehr herausgeholt können, wenn sie nicht vorzeitig dem Angebot zugestimmt hätten.

Bei der Hannoverschen Baugewerkschaft, Appharwerke, war ebenfalls durch den Verband Forderung eingereicht. Hier wurden nach mehrfachen Verhandlungen für sämtliche Arbeiter 15 Pf. pro Tag Zulage bewilligt, ferner 15 Prozent Zuschlag für Sonntagsarbeit; Anerkennung eines Ausstufes und Befreiung verschiedener Arbeiter wurde zugesagt.

Der Firma Gütter Waquet, Farben-, Tusch- und Tinten- fabrik war ebenfalls eine Forderung auf Erhöhung der Fälligkeit gestellt. Für circa 100 in Teillohn beschäftigte Arbeiterinnen wurde eine Lohnaufbesserung von 3 Pf. pro Stunde bewilligt. Die Forderung der in Teillohn beschäftigten Arbeiter wurde abgelehnt. Ferner wurde die Befreiung verschiedener Arbeiter zugesagt.

Korrespondenzen.

Großenhain. Auf die Direktion der hiesigen Filiale der Gewerkschaften...

warnten die Arbeiter, den Vertrag zu unterzeichnen, da er noch außer...

Die Kollegen vom „Komet“ erreichten nach einem kurzen Streik...

Auch Köstlin hatte einige Konflikte durchzuführen. Ein Teil der...

In den Ortschaften Neustettin, Sülben und Voigtburg kam es wiederholt zu...

Was, wie oben schon gesagt, bedeutend waren unsere Lohnbewegungen...

Nicht lebhaft beschäftigten wir uns mit Beschwerden an die Gewerbetriebe...

Die Agitation gestaltete sich im Jahre 1909, besonders aber zu...

Wenn wir auch im allgemeinen sagen müssen, daß die Agitation wieder...

Revisionsaufträge belamen wir vom Hauptvorstand zwei: für...

Verenigte Versammlungen wurden 41 abgehalten, Betriebs-

Die Kollegen des Gau 6 waren bei den folgenden Firmen in...

Die Kollegen des Gau 6 waren bei den folgenden Firmen in...

nicht beitragsberechtigt waren, beschlossen. Seine jetzige Form...

In ungebrochener Kraft tritt der Verband in sein neues...

Der Verband hat anlässlich des Jubiläums den 1. Band einer...

Verbandsnachrichten.

Vom 3. Mai ab gingen bei der Hauptkassie folgende Beträge ein:

Schluss: Montag, 9. Mai, mittags 12 Uhr. Fr. Brunns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1910 haben eingelangt:

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrabeiträgen: Gransee. 10 Pf. pro Mitglied...

Verloren und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Göttsfeld, Gau 1. Robert Honigmann, „Preußischer Hof“.

Briefkasten. Des Pfingstfestes halber ist für die nächste Nummer des „Proletarier“ schon...

Interate. Gewerkschaftshaus Hamburg G. m. b. H. Wir empfehlen den Genossen unter...

Rundschau.

Sein 25-jähriges Jubiläum. Am 1. Mai d. J. Der Verband, der...

## Aus der chemischen Industrie.

### Arbeiter mit Rückgrat wollen die Gichtbüttenherren nicht haben.

Die Chemische Fabrik von Helden in Nabebeul und Weisig, durch ihre niedrigen Löhne und „Wohlfahrts-Einrichtungen“ schon längst unter den Arbeitern, durch ihre Luftschiff-Einrichtungen auch in der neuesten Zeit öffentlich bekannt geworden, kann wieder einige neue Mäßen in den Kranz ihrer Wohlfahrtsbestrebungen binden. Sie hat einem Mitglied des erst kürzlich gewählten Arbeiterausschusses, dem Klemperer Geiger, gekündigt. Die Gründe für die Kündigung, die die Direktion vorgelegt, sind so fadenförmiger Art, daß sie von keinem Menschen geglaubt werden. Er soll am Karfreitag ohne Anweisung seiner Vorgesetzten gearbeitet haben, obwohl er durch zwei Zeugen bestätigt kann, daß er im Auftrage des Dr. M. bestellt wurde. Sonst ärgert sich die Chemische Fabrik ja bloß über Leute, die Ueberstunden und Sonntagsarbeit verweigern. Man kann also auch anders!

In Wirklichkeit ist die Entlassung wohl erfolgt, weil er in der ersten Sitzung des neu gewählten Arbeiterausschusses einige bescheidene Wünsche der Arbeiter auf hygienische und sanitäre Verbesserungen in der Weisiger Fabrik vorbrachte. Er sagte also sein Amt so auf, wie es die Arbeitsordnung in den §§ 11 und 30 vorschreibt. Wir glauben es aber den Vertretern der Firma auch unbeschweren, daß ihnen diese Tätigkeit und dieser Arbeiterausschuß etwas sehr im Wege liegen. Ihre Sehnsucht bestand ja nach einem Arbeiterausschuß, der nur zu den Unterstützungs-Einrichtungen sein Ja und Amen geben sollte, der deshalb auch zusammengekauft sein sollte aus unorganisierten Arbeitern und Mitgliedern des gelben Gefangenenvereins. Die stillschweigende Unterstützung, die diese Leute bei der ein halbes Jahr hinausgezogenen Wahl von der Fabrikleitung gefunden haben, spricht Bände über die Ziele dieses „harmlosen“ Gefangenenvereins und seiner Hintermänner. Ein Wahlauftrag an die Unorganisierten wurde öffentlich, aber anonym angehängt, Feuerwehrlente mußten die Verbreitung übernehmen. Bei der Wahl selbst wurde mit Wasserdampf geschleppt. Trotzdem der Aufzug nur an Arbeiter gerichtet war, holten Vorarbeiter am Wahltage fast sämtliche Paderinnen an die Urne. Daß der Siebe Mühe, auch bei Mitzählung einer Anzahl eigentümlich unglücklicher Stimmgäbel, umsonst gewesen ist, mag Grund sein zu den Maßnahmen stillen Vergessers der Fabrikleitung. Denn schon am ersten Verhandlungstage gingen die Erkundigungen über den Entlassenen los, ehe noch die Verhandlungen begonnen hatten.

In dieser Verhandlung hat der Entlassene eine Anzahl von Beschwerden vorgebracht, die schon im Februar der Gewerbeinspektion gemeldet waren und auch zu einer Revision des Betriebes geführt haben. Wie berichtet wurde, hat die Gewerbeinspektion auch die Abstellung angeordnet. Daß es bis zur Sitzung nicht geschehen, ist ein neuer Beweis für den mangelnden Arbeitersinn im Betriebe. Daß sich die Fabrikleitung an solche Unterlassungssünden nicht gern erinnern läßt, besonders wenn der eine oder andre eine Nase bekommt, ist auch bekannt. Wenn sie aber glaubt, unsre Kritik dadurch unmöglich zu machen, so ist sie auf dem Holzwege. Genau so gut wie jetzt Kollegen dem Nachbarn der Chemischen Fabrik entlockt sind und die Öffentlichkeit unterrichten, wird das in vermehrter Weise auch in Zukunft der Fall sein. Wir werden ein wachames Auge haben; dazu zwingen uns schon die in letzter Zeit wiederum erfolgten Unfälle. Entging doch nur durch glücklichen Zufall am 11. April ein Arbeiter in der Salzfahlabteilung dem Tode; als man ihn fand, hing er schon bewußtlos mit dem Kopf in einer Luke.

Der jüngst veröffentlichte Geschäftsbericht zeigt ein neues glänzendes Bild. Der Reingewinn dieses Jahres beträgt 660.627 Mk. gegen 584.536 Mk. im Vorjahre. 550.000 Mk. wurden davon als 10 Prozent Dividende und 22.597 Mk. (20.530 Mk.) als Zantien an den Aufsichtsrat verteilt, 88.030 Mk. wurden neu vorgetragen und die Arbeiter — wurden vergesessen. Wie immer, rechnet die Leitung auf weitere günstige Entwicklung des Unternehmens. In den letzten zwei Jahren — für das Volk Krisenjahre — wurden rund 100.000 Mk. mehr Reingewinn herausgearbeitet als in den beiden vorhergehenden. Die von der Arbeitererschaft geforderte Lohnzulage aber wurde im vorigen Jahre mit den niedrigsten Ausbren abgelehnt.

Da diese neuen Ergebnisse ihre aufreizende Wirkung auch bei der Arbeitererschaft nicht verfehlen, die Firma auch ganz sicher wußte, daß in diesem Jahre neue Forderungen gestellt werden würden, wurde zum 1. April eine Lohnzulage für alle über 1 Jahr im Betriebe beschäftigten Arbeiter angekündigt. Ueber diese „freiwillige“ Zulage von 2 Pf. pro Stunde herrschte namentlich unter den Unorganisierten große Freude. Für diese war sie wieder einmal ein Beweis dafür, daß man als getreues Schätzchen des Unternehmers auch ohne Verband zu einer Lohnzulage kommen kann. Doch sehr viele von ihnen, besonders in Weisig, hatten zu früh gejubelt.

War schon die mehr als bescheidene Zulage gar nicht für alle gedacht — es sollten nach dem Anschlag nur die über 1 Jahr Beschäftigten etwas erhalten —, so lag in Wirklichkeit die Sache noch ganz anders. Die versprochene Aufbesserung hat in Nabebeul — noch kräftiger ist es in Weisig — nur ein Bruchteil der Arbeiter erhalten. Sämtliche Handwerker wurden ausgeschlossen, alle Arbeiter mit festem Schichtlohn belassen nicht, und auch sonst wurden noch eine Anzahl Ausnahmen gemacht. In Weisig hat kaum ein Drittel der Arbeitererschaft die Zulage erhalten. Viele lange und enttäuschte Gesichter gab es dort zu sehen, mancher „treue“ Arbeiter sieht jetzt die Unmöglichkeit seiner Eigenbrödelerei ein, mancher Handwerker, der früher sich gar nicht zu den Arbeitern zählen wollte, ärgert sich nun, daß in diesem Falle auch die Firma diese Klasseneinteilung vorgenommen hat.

Die Arbeitererschaft der Weisiger Fabrik hat zu diesen Maßnahmen der Fabrikleitung in zwei gabelschüssigen Betriebsversammlungen Stellung genommen und dort in einer entsprechenden, einstimmig angenommenen Resolution den Arbeiterausschuß beauftragt, Verhandlungen anzubahnen zwecks gerechter Regelung der Lohnzulage und Einführung von Garantien für die Arbeiten des Arbeiterausschusses nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung.

Das beste Mittel zur Befreiung solcher Maßregelungen und Einführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt aber für die Arbeiter nur im Anschluß an den Verband, nicht in der Zerstückelung.

### Ein „Mustervertrag“ aus der chemischen Industrie.

Die Anstellungsverträge der kaufmännischen und technischen Angestellten der Industrie normieren vielfach für den Angestellten ein selbst über die Verträgedauer hinausreichendes Abhängigkeitsverhältnis, das man nur als moderne Hörigkeit bezeichnen kann. Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer einen Anstellungsvertrag, den die Chemischen Fabriken vom Weiler-ter Meer in Uerdingen a. Rh. mit ihren akademisch gebildeten Chemikern abschließen. Der Angestellte hat danach seine ganzen Kenntnisse und sein bestes Wissen und Können zur Verfügung zu stellen. Die Resultate aller seiner Arbeiten, also auch etwaige Erfindungen, sind ihm ausschließliches Eigentum; dafür erhält er ein Jahresgehalt von 2400 bis 3500 Mk. Nach dem Austritt sind die Fabriken von weiteren Verpflichtungen entbunden, während der Angestellte sich verpflichten muß, dann zehn Jahre hindurch alle ihm während der Dauer seiner Anstellung bei den Fabriken bekannt gewordenen Verfahren, Fabrik-Einrichtungen, Geschäfts- und Betriebsangelegenheiten streng geheim zu halten. Während dieser Zeit darf der Angestellte keine Stellung in Europa (mit Ausnahme der Balkanstaaten), in Nord-Amerika und in Japan in einem Konkurrenzunternehmen annehmen oder beabsichtigen, ohne vorher nachgefragt und für jeden

einzelnen Fall erteilte schriftliche Genehmigung. Während des gleichen Zeitraums darf der Angestellte die Firma in den genannten Ländern auch keinerlei anderartige Konkurrenz machen. Der Angestellte haftet für die Erfüllung dieser Verpflichtungen mit einer Konventionstrafe von 20000 Mk. für jeden einzelnen Fall, sowie für vollen Schadenersatz mit seinem gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen. Das schlechte Gewissen verdrängt die Firma dadurch, daß sie in einem besonderen Paragraphen bestimmt, daß der Inhalt des Vertrags geheim zu halten ist. — So lassen sich Intelligenz und Handarbeit um die Wette von den Gichtbüttenherren ausbeuten, statt um die Wette und gemeinsam gegen die Ausbeutung zu kämpfen.

### Wenn chemische Aktiengründungen nützen.

Die Rheinische Gichtstoff- und Farbhölzextraktfabrik Gebr. Müller, M.-Gesellschaft, Bentrath a. Rhein, ist im Oktober 1906 aus der Firma Gebr. Müller in Bentrath hervorgegangen und befaßt sich hauptsächlich mit der Herstellung von Durebrach-Extrakt, sowohl in flüssiger als auch in fester Form, letztere hauptsächlich für den Export, der zurzeit etwa ein Drittel der Gesamtproduktion ausmacht. Farbhölzextrakte werden gegenwärtig nicht fabriziert. Das ursprüngliche 1 Mill. Mk. betragende Aktienkapital wurde im Dezember 1909 auf 1.300.000 Mk. erhöht, und zwar wurden die 300.000 Mk. neuer Aktien, die ab 1. Januar 1910 an der Dividende teilnehmen, den Vorbesitzern, Herren Erich und Julius Müller, von denen letzterer alleiniger Vorstand der Gesellschaft ist, a pari überlassen. Das war für die Vorbesitzer ein sehr wertvolles Zugangsrecht, da die Gesellschaft für die Jahre 1906, 1907 und 1908 je 14 Prozent und für 1909 15 Prozent Dividende auf 1 Million Mark Aktienkapital ausschütten konnte. Der Prospekt gibt als Zweck der Kapitalerhöhung die Abtötung von Buchschulden an. Diese Buchschulden beliefen sich aber Ende 1908 auf nur 337.148 Mk. und hätten aus dem Effektenbestande, der sich auf 312.981 Mk. stellte, fast vollständig zurückbezahlt werden können, zumal in den Debitoren von damals 486.364 Mk. auch noch ein Bankguthaben enthalten war. Die Kapitalerhöhung ist mithin in der Hauptsache als eine Kapitalverwässerung anzusehen, die lediglich den Vorbesitzern zugute gekommen ist. — Deshalb gründet man aus früheren Privatbetrieben chemische Aktiengesellschaften und deshalb können dann solche Gesellschaften ihren Arbeitern beileibe keine besseren Arbeitsbedingungen gewähren. Es lebe der Extraktprofi der Gründer!

### Dividendenfresser der Chemischen Fabrik Elektron, Frankfurt a. M.-Griesheim.

7488565 Mk. beträgt der Gesamtbruttogewinn der Chemischen Fabrik Elektron im Geschäftsjahre 1909, das sind 410808 Mk. mehr als im Jahre 1908. Von diesem Riesengewinn, herausgehoben aus den Knochen der armen chemischen Fabrikproleten, die unter erbärmlichen Löhnen und in langer Arbeitszeit hinsiechen, werden für Generalaufkosten, Zinsen, Versicherungen und Steuern 1979819 Mk., für Amortisation 2687135 Mk. abgehen, so daß einschließlich 821418 Mk. Vortrag ein Reingewinn von 3623029 Mk. verbleibt. Diese Summe soll folgendermaßen verteilt werden: 14 Prozent Dividende = 1960000 Mk., Zantien und Gratifikationen an die Herren Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder 479205 Mk. und für Pensions- und Unterstützungsfonds 117728 Mk.; das macht auf den Kopf des Arbeiters etwa 45 Mk. Natürlich sieht die Mehrzahl der Arbeiter hieron nichts. Zur Gewinnreserve sollen 200000 Mk. gestellt werden und 35875 Mk. zur Talonsteuererhebung. 830220 Mk. werden als Reserve für neue Rechnung vorgetragen. Diese Zahlen müssen auf die Arbeiter der Chemischen Fabrik Elektron geradezu aufreizend wirken. Wenn man in Betracht zieht, unter welcher erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen die chemischen Arbeiter Griesheim zu leiden haben, ist dieser Goldregen, der sich auf die Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder ergießt, nur zu erklärl. Arbeiter! Seht ihr, was eurer Hände Arbeit zu erkaufen bringen kann? Und was habt ihr von diesem Reichtum? Hungerlöhne!

### Die Ausfuhr der chemischen Industrie

nimmt im laufenden Jahre weiter einen gewaltigen Aufschwung. Im ersten Quartal 1910 stellte sie sich der Menge nach auf 9,05 Millionen Doppelzentner gegen 6,12 Millionen im Vorjahre; sie ging also um nahezu 50 Prozent über die vorjährige Menge hinaus. Dabei hat sich bereits in den Vorjahren die Ausfuhr der chemischen Industrie kräftig entwickelt, denn in den ersten Quartalen der letzten Jahre betrug die Ausfuhr von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen einschließlich Farben und Farbstoffen in Doppelzentnern:

1907	1908	1909	1910
5 419 234	5 808 565	6 117 592	9 054 412

Jahr für Jahr hat also die Ausfuhr merkliche Fortschritte gemacht, freilich nicht entfernt in dem Grade wie im laufenden Jahre. Die Wertsumme der Ausfuhr ist allerdings von 1909 auf 1910 lange nicht in entsprechender Proportion gewachsen. Sie betrug vielmehr im ersten Quartal 1909 133,36 Millionen Mark und ging in diesem Jahre auf 169,52 Millionen hinaus. Die Wertsteigerung stellt sich auf 27 Prozent, während die Zunahme der Menge genau 48 Prozent beträgt. Vornehmlich die Ausfuhr von chemischen Grundstoffen, Säuren, Salzen usw. ist außerordentlich kräftig gestiegen; sie stellte sich im ersten Quartal d. J. auf 6,94 Millionen Doppelzentner, während das erste Vierteljahr 1909 nur eine Ausfuhr von 4,51 Millionen gebracht hatte. Es ergibt sich somit eine Steigerung um 54 Prozent Die Ausfuhr von Sprengstoffen, Schießbedarf und Zündwaren hat ebenfalls eine kräftige Zunahme erfahren.

### Chemische Neugründungen in Deutschland.

Im ersten Vierteljahr 1910 sind nach den Zusammenstellungen der Handelspresse in Deutschland drei Millionen neues Kapital in der chemischen und 3,1 Millionen Mark in der Industrie der Dele und Fette angelegt worden. Im letzten Quartal von 1909 wurden bloß rund 4 Millionen Mark Neuanlage in beiden Industrien, im ersten Quartal 1909 allerdings 8,9 Millionen Mark. Es wird nicht lange dauern, so ist die Summe des neuen Ausbeutungskapitals, welches sich den beiden Industrien wegen ihrer hohen Profite zuwendet, auch im gleichen Abschnitt des neuen Jahres so hoch oder noch höher als im verflohenen. Mit 6 Millionen Mark im ersten Vierteljahr ist ja ein verheißender Anfang gemacht. So lockt die Geduld der chemischen Arbeiter die Prosjekt der Coupon-schneider an.

### Kapitalistische Verbrechen.

Wir berichten jüngst von der Explosion in der Zündholzfabrik zu Segebin, bei der 12 Mädchen und 1 Mann getötet, 39 Personen, fast alle Mädchen, verwundet wurden. Ueber die Ursachen des furchtbaren Unglücks und die sonstigen Zustände im Betrieb wurden empörende Dinge berichtet. Nach dem Fabrikgesetz dürfen Kinder unter 12 Jahren nur beschäftigt werden, wenn sie zugleich die Schule besuchen, Kinder unter 14 Jahren nicht mehr als 8 Stunden. Die Beschäftigung Jugendlicher unter 16 Jahren bei den gefährlichen Arbeiten des Eintauchens, Trocknens und Verpackens der Zündhölzer ist gleichfalls verboten. Größlich und mit Wissen der Behörden wurden diese Vorschriften verletzt. „Die 150 bis 180 Arbeiter der Fabrik sind gemeist unentwickelte, junge Kinder. 10, 12, 14 Jahre alte Kinder werden in der Fabrik 12 1/2 Stunden beschäftigt. Unter den Verwundeten liegt ein 14-jähriges Mädchen, welches schon seit 4 Jahren in der Fabrik arbeitet. Es begann vor 4 Jahren mit einem Tagelohn von 30 Hellern (42 1/2 Pf.) Nach 4-jährigem Dienst hat das Mädchen es auf 80 Heller (68 Pf.) gebracht. Jetzt liegt es schrecklich verblutet im Krankenhaus. Weib es am Leben, so ist es ein Krüppel. Wenn es ganz arbeitsunfähig sein wird, bekommt es eine Rente von 12 Kronen 48 Hellern 10 61 Pf. monatlich.“

Der Obermaschinenist und die Direktion mußten längst von der Gefahr. Der Heizer sagte auf seinem Totenbette: „Ich habe dem Obermaschinenisten mehrmals gesagt, daß der Kessel ein Loch hat, aber es nützte nichts. Auch heute in der Frühe habe ich ihn auf die Gefahr aufmerksam gemacht, er achtete nicht darauf. Das Rohr war geborsten, das Wasser floß aus und das Unglück war da. Schutze!“ Seit 12 Tagen hatte er die Mädchen täglich mit den Worten begrüßt: „Nun, Mädchen, heute fliegen wir!“ Die Mädchen hatten flehentlich die Direktion um Abhilfe gebeten. Vergeblich. Die Eigentümer haben zuletzt häufig gewechselt. Man erwartete die Einführung des Zündholzmonopols und wollte vor Uebernahme der Fabrik durch den Staat nichts mehr für Reparaturen ausgeben.

Nicht minder schuldig sind die Behörden. Nirgendso wurden die Befehle zum Schutze der Arbeiter so leicht, so ständig übertreten, als in dieser Mördergrube. Nirgendso wurde mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter so straplos umgegangen, als im Herzen der größten ungarischen Provinzialstadt. Der Gewerbeinspektor hatte schon zweimal die Einleitung eines Strafverfahrens beantragt. Er hat auch dem Stadthauptmann Anzeige von der Beschädigung des Kessels erstattet. Weder Verwaltungs-, noch Strafbehörde griffen ein, bis das Unglück kam. Lann hat man das Maschinenpersonal verhaftet. So folgten sich mit ungeheurer Regelmäßigkeit diese furchtbaren Unglücksfälle — wie lange ist es her, daß in einer Patronenfabrik eine Anzahl Kinder verstimmt wurden. Zu wahr lag das Parteiblatt:

„Mit Menschenblut wird der Profit in ... Taschen der Kapitalisten geäubert. An jeder Geldsumme, die der Ausbeuter mit herrlichem Selbstgefühl ausgibt, klebt das Blut ermordeter Arbeiter. Der ganze ungarische Verwaltungsapparat ist nur für die Wahlen und die Befolgung der Sozialisten eingerichtet. Die Verbote des Gewerbeinspektors werden nicht befolgt.“

Nicht der Maschinenist, auch nicht der Direktor, nicht einmal die Besitzer sind die wirtlichen Mörder. Der wirkliche Mörder ist das gegenwärtige System, die agrarfeudale, die hierokale Klassenherrschaft.“

### Chlorvergiftung.

Ein junger Mensch namens Bäd, 19 Jahre alt, war im Raum Chlorzersetzung der chemischen Fabrik Elektron, Griesheim, beschäftigt. Vergiftungserscheinungen, die sich bei dem jungen Menschen einstellten, machten seine Verbringung ins Krankenhaus notwendig. Zehn Wochen mußte der Arbeiter im Krankenhaus zubringen und konnte nur als gebessert entlassen werden. Nach der Entlassung wurde der junge Arbeiter im Laboratorium beschäftigt, aber schon nach ganz kurzer Zeit verschlimmerte sich der Zustand des als gebessert Entlassenen derart, daß er von neuem das Krankenhaus aufsuchen mußte. Geheilt wird der Arbeiter wohl nie mehr. Mit dem behandelnden Arzte soll Rücksprache genommen werden, damit er dem Arbeiter empfiehlt, bei eventueller Entlassung aus dem Krankenhaus sich dem landwirtschaftlichen Verke zu zuwenden. So schüttelt sich die chemische Großindustrie ihre kranken und vergifteten Arbeiter ab.

### Frankfurt a. M.

Wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, fangen unsre Kollegen der chemischen Fabriken in Griesheim an, sich zu rühren. Mehrere in den letzten Wochen abgehaltene Versammlungen waren sehr gut besucht; wir haben auch eine Anzahl Kollegen für den Verband gewonnen. Es ist auch die höchste Zeit: die Klagen über schlechte Bezahlung und Behandlung wollen kein Ende nehmen. Wer mehr Lohn verlangt, dem wird erklärt: „Was wollen Sie denn, sind 32 Pf. die Stunde nicht ein schöner Lohn, und denken Sie mal, wenn Sie 10 Jahre hier sind, so haben Sie schon 40 Pf. die Stunde. Wenn Sie aber damit nicht auskommen, so müssen Sie sich einschränken oder noch eine Nebenbeschäftigung nach Feierabend suchen.“ Einem andern Arbeiter wurde erklärt, solange die Arbeiter noch Zigaretten cauchen können gebe es keine Zulage. Das ist eine Herausforderung der Arbeiter, die diese sämtlich mit dem Eintritt in den Verband beantworten müssen. Die Direktion scheint bereits die Bewegung unter den Arbeitern zu merken, hat man doch tagelang nachgeforscht, wer die Redner waren, die sich in einer der letzten Versammlungen zum Wort meldeten. In der alten Fabrik und im Maintal dürfen die Arbeiter sich nicht mehr vor 6 Uhr waschen, wer vor 6 Uhr dabei erwischt wird, soll bestraft werden. Die Arbeiter, die „24“ Stunden arbeiten, bekommen nur 20 bezahlt; jetzt sind die Arbeiter vorläufig geworden und wollen die 24 Stunden voll bezahlt haben. Daraufhin wurde den Arbeitern erklärt: Wir müssen die Angelegenheit erst dem Aufsichtsrat vorlegen. Pflicht der Direktion ist es allerdings, den Arbeitern ihre Arbeitszeit voll und ganz zu bezahlen. Als ob die Herrn vom Aufsichtsrat eine Ahnung von einer 24 stündigen Arbeitsleistung hätten! Wenn sich die Arbeiter der chemischen Industrie Griesheims weiter so tatkräftig in der Organisation betätigen, so dürfte die Zeit nicht mehr allzu fern sein, wo auch diese Kollegen nicht mehr um einige Pfennige Lohnzulage zu betteln brauchen, sondern sich solche kraft ihrer Organisation erkämpfen können.

### Niederan.

Seitdem die hiesige Chemische Fabrik in den Besitz der A.-G. Nutzers-Werke übergegangen ist, haben sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter verschlechtert. Die alte Gesellschaft suchte in früheren Jahren durch verschiedene Wohlfahrts-Einrichtungen die Arbeiter an ihren Betrieb zu fesseln und dadurch für niedrige Entlohnung gefügiger zu machen. Diese Art Wohlfahrten haben auch ihren Zweck insofern erreicht, als der größte Teil der Arbeiter 10—25 Jahre in diesem Betriebe tätig ist, ohne sich sonderlich um die Organisation zu kümmern. In den letzten 5 Jahren, seitdem die freien Gewerkschaften überall glänzende Fortschritte gemacht haben, erwachte auch in diesem Betriebe unter den Arbeitern der Organisationsgedanke. Sofort waren aber die Herren Betriebsbeamten in Gemeinschaft mit dem Herrn Pastor auf dem Plane und suchten zu reuen, was zu reuen war. Ein Evangelischer Arbeiterverein wurde ins Leben gerufen, und viele Arbeiter glaubten, wenn sie diesem Verein beitreten würden, den Altersversorgungsschein in der Tasche zu haben. In den letzten Wochen haben nun viele alte Arbeiter eine böse Erfahrung machen müssen. Einem Arbeiter, der bereits über 20 Jahre im Betriebe tätig ist, wurde der Lohn um 10 Pf. pro Stunde oder 6 Mk. pro Woche gekürzt. Mit kurzen, harten Worten, wie: „Sie sind nun alt und können das nicht mehr leisten“, ward der Abzug begründet. Andern Arbeitern, die auch schon 20 bis 25 Jahre im Betriebe sind, wurde gekündigt und ihnen geradezu als Lohn der Kat gegeben, sich nun andre Arbeit zu suchen. Einem andern Arbeiter, der aus dem Krankenhaus geworden wurde, schickte die Direktion die Kündigung in die Wohnung. Vielleicht soll das der Dank dafür sein, daß dieselben Leute, mit denen jetzt so rigoros verfahren wird, Herrn Direktor Reil in den Gemeinderat wählten und dadurch einen tüchtigen Genossen herausdrängten. Alle diese alten, schwer betroffenen Arbeiter sind Mitglieder des Evang. Arbeitervereins. Allen diesen Leuten kommt jetzt zum Bewußtsein, wie töricht sie gehandelt haben, daß sie sich nicht schon lange der freien Gewerkschaft, dem Verband der Fabrikarbeiter, angeschlossen. Jetzt sehen sie ein, daß sie an dem Verbands eine Stütze in ihrer bedrängten Lage gehabt hätten. Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen, lernt aus diesem Vorgehen der Unternehmer, daß der einzelne nichts vermag, sondern daß ihr nur eine Macht bildet, wenn ihr euch zusammenfend in großen Zentralverbänden! Treter ein in den Verband der Fabrikarbeiter und folgt nicht den Forderungen der Unternehmer und deren Helfershelfer, die euch auslaugen, um euch dann, wenn ihr alt und elend seid, auf Straßenplätzen zu werfen! Seid einig, dann werdet ihr stark sein!

Aus der Zement- und Ziegelfabrikation.

Aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektionen 1909.

II.

Die Unterkunfts- und Schlafstätten in den Ziegelfabriken, die besonders für die Gesundheit der Wanderarbeiter von einschneidender Bedeutung sind, werden von den Beamten in ihren Berichten kaum erwähnt, ein Beweis, wie gering die Arbeitergesundheit im allgemeinen eingeschätzt wird.

Die in den Arbeiterunterkunfts- und Schlafstätten vieler Ziegelfabriken verbreitete Unsitte des Zusammenklagens mehrerer Arbeiter in einem Bette gab im Bezirk Stettin in einem Falle Anlaß zur Stellung eines Strafantrags, da eine Bedingung der Genehmigungsurkunde des Betriebsunternehmers die Sorge für geeignete Unterkunfts- und Schlafräume war.

Der Trinkwasserfrage wurde im Berichtsjahre besondere Aufmerksamkeit gewidmet, anscheinend mit einigem Erfolg. Es ist das um so mehr zu begrüßen, als gerade die schlechten Trinkwasserhältnisse in den Ziegelfabriken den Alkoholgenuß außerordentlich begünstigen.

Am ungünstigsten sind, wie in den früheren Jahresberichten bereits erwähnt worden ist, die Trinkwasserhältnisse in den Ziegelfabriken in der Mark an der unteren Elbe. Dort, wo man in geringer Tiefe auf salzhaltiges Wasser stößt, lassen sich Brunnen nicht anlegen.

Ein Teil der Ziegelfabrikanten an der Unterelbe wird auch in Zukunft auf das Wasser aus Moorgräben und Dümpeln angewiesen sein. Durch die Verabreichung von allopathrischen Mitteln soll die Selbstheilungskraft durch diese Mittel künstlich gesteigert werden.

In einer Ziegelfabrik des Bezirks Minden konnte das Trinkwasser aus dem Grunde nicht als einwandfrei angesehen werden, weil ein großer Teil des Ziegelfabrikanten als Abzug von Wasser und die damit verbundenen Anlagen in das Trinkwasser einströmten und eine Verunreinigung des Trinkwassers verursachte.

Sondern auch im weiteren Umkreise herbeiführen konnten, ist die Benutzung des ehemaligen Brunnens als Abortgrube polizeilich verboten worden. Im Bezirk Breslau hatten die Feststellungen auf den Ziegelfabriken in der Regel ein befriedigendes Ergebnis, wenn auch die Heranschaffung des Wassers in Fässern und Kannen manchmal nicht zu umgehen war, und wenn auch nicht selten auf härtere Zuführung frischen Wassers gebrungen werden mußte.

Gegen das Truderverbot wurden nur zwei Verstöße entbunden. In einem Falle wurde in einer Ziegelfabrik des Bezirks Stade festgestellt, daß der Ziegelfabrikmeister den Arbeitern Schnaps unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgte.

Zu widerhandlungen gegen die gesetzliche Sonntagsruhe der Brenner wurden in vier Ziegelfabriken des Bezirks Arnberg festgestellt. Ein Ziegelfabrikbesitzer und sein Ziegelfabrikmeister wurden deswegen mit je 13 Mark bestraft.

In 2 Ziegelfabriken des Bezirks Potsdam wurden Verstöße gegen die Bestimmungen des § 119a der Gewerbeordnung insofern festgestellt, als den Arbeitern bei der ersten Lohnzahlung — trotz der gegenteiligen Bestimmung in einer der Arbeitsordnungen — der ganze Wochenverdienst zur Sicherung gegen Kontraktbruch zurückbehalten wurde.

— Seltene Erfahrungen

Es hat sich eine Anzahl lippischer Ziegler samt ihrem Meister gemacht. Sie hatten in dem „Dobiner Werke“ in Dobien bei Wittenberg den Ziegelfabrikbetrieb übernommen, ohne sich vorher über die Betriebsverhältnisse zu unterrichten.

Auch die Schutzvorrichtungen waren sehr mangelhaft. An den Kollergängen fehlten diese gänzlich. Am Dampfhebel fehlten die Hebelkufen, so daß der Hebel beim Feuern jedesmal zurückspringen mußte, um sich vor den herausschlagenden Flammen zu schützen.

Ein Verstoß wurde festgestellt, als der Ziegelfabrikmeister den Arbeitern Schnaps unter Anrechnung bei der Lohnzahlung verabfolgte.

Der Direktor der Ziegelfabrikation in Berlin hat im Berichtsjahre eine Anzahl von Ziegelfabrikanten besucht, um sich über den Stand der Ziegelfabrikation in der Provinz zu informieren.

— Freigebige Unternehmer.

Der Direktor der Ziegelfabrikation in Berlin hat im Berichtsjahre eine Anzahl von Ziegelfabrikanten besucht, um sich über den Stand der Ziegelfabrikation in der Provinz zu informieren.

Verein eine Schenkung von 100000 Mk. gemacht. Das Kapital wurde unter dem Namen Schenkung verzinslich angelegt und der Geber zum Ehrenmitglied ernannt.

Die Stettiner Schamottefabrik vorm. Dübner hat der Technischen Hochschule in Breslau 30000 Mk. zur Verfügung gestellt. Es gibt also auch noch edelstehende Menschen unter den Industriemagnaten.

— Vergeblich. Eine öffentliche Versammlung der Ziegelfabrikarbeiter, wozu die in Sande beschäftigten Ziegler eingeladen worden, fand am Sonntag, dem 17. April, im Lokale des Herrn G. Pohlen in Sande statt, in der sich sämtliche Anwesenden, soweit sie dem Verbande nicht angehörten, in den Verband aufnehmen ließen.

In recht traurigen Verhältnissen leben die Arbeiter des Friedländer Zieglerkonzerns! Der Besitzer des Konzerns hat sich, wie im vorigen Jahre, durch einen Menschenhändler Galtz einen Arbeiter beschaffen, der denn auch wie das liebe Vieh auf der Ziegelfabrik untergebracht ist. Als Schlafbeden werden den Arbeitern wolle Decken zugewiesen, die aber so dünn und durchsichtig sind, daß sich die Arbeiter die ganze Nacht nicht erwärmen können.

Nicht viel besser als die galizischen Arbeiter haben es die übrigen Arbeiter, die in keinem Vertragsverhältnis zum Arbeitgeber stehen. Auch diese haben zum Teil nicht, was sie an Lohn pro Woche zu beanspruchen haben. Eine vorherige Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber einzugehen, wird meistens unterlassen.

Eingegangene Schriften.

Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters. Ein Leitband für Lehrende und Lernende von Franz Meining. Preis 1,25 Mk. Die beiden im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienenen Schriften sind aus den Vorträgen über deutsche Geschichte entnommen, die der Verfasser seit vier Jahren an der sozialdemokratischen Parteischule gehalten hat.

Ein Arbeiterliederbuch für Massengefang ist soeben im Verlage der Dorfunder „Arbeiter-Zeitung“ (A. Gerlich, Dorfunder, Kellstraße 5) erschienen; es ist 32 Seiten stark und kostet gehftet nur fünf Pfennige.

Von „Der Kampf“, sozialdemokratische Monatschrift Desterreichs, ist Heft 8 des 3. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt sehen wir hervor: Karl Renner: Organisation der Welt; Otto Bauer: Theorien über den Mehrwert; Adolf Braun, Nationale oder internationale Gewerkschaften?; Julius Deutsch: Vom Landesverein zum Reichsverband; Josef Wirth: Die Lehren des Ausstandes; Eduard Anselme (Gen): Ein Brief; S. Jazajai (Budapest): Die ungarischen Gewerkschaften und die Nationalisten; August Guggler (Bern): Internationalität der Gewerkschaften in der Schweiz; Richard Woldt (Berlin): Das Kalkulationsproblem in der Großindustrie; Engel Bernerstorfer: Meine Erinnerungen; Nadja Strasser: Wandlung der Moralbefreiung.

Zu Verlage von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft von Karl Rautsky. 50. Band der Internationalen Bibliothek. VIII und 268 Seiten. Preis broschüriert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk.

In dem vorliegenden Buche bietet Rautsky allen, die sich mit der wieder modern gewordenen Frage der Ueberbevölkerung beschäftigen, einen guten Führer durch das Labyrinth des Malthusianismus. Der Verfasser ist bemüht, eine Lücke in unserer Literatur auszufüllen; er versucht, die Einheit zwischen gesellschaftlichem und natürlichem Geschehen, dabei aber auch die Eigenheit des ersteren zu erkennen, im Gegenjuge sowohl zu jenen Vertretern der Gesellschaftstheorie, die das gesellschaftliche Geschehen als Produkt eines freien Willens aus dem Rahmen der Naturgesetzlichkeit herausheben wollen, als auch im Gegenjuge zu jenen Vertretern der Naturwissenschaften, die die Eigenart des gesellschaftlichen Organismus übersehen und glauben, die Kenntnis der Gesetze, die den pflanzlichen und tierischen Organismus beherrschen, genüge, die Probleme des gesellschaftlichen Lebens zu lösen.

Das Buch ist in sieben Kapitel eingeteilt. Sie behandeln: Die Furcht vor Ueberbevölkerung und Entvölkerung. — Natur und Gesellschaft. — Der Nahrungsspielraum. — Das Gleichgewicht in der Natur. — Revolution und Stillstand in der Natur. — Die arithmetische Progression und der abnehmende Bodenertrag. — Die Ausbeutung des Nahrungsspielraums. — Die Störung des Gleichgewichtes in der Natur. — Seuchen und Waldverwüstung. — Wissenschaft und Arbeit. — Kunst und Natur. — Die geometrische Progression der Naturwissenschaften. — Die geometrische Progression der Zivilisation. — Landwirtschaft und Kapitalismus. — Landwirtschaft und Sozialismus. — Volksvermehrung und Sozialismus. — Rassenhygiene.